

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23485 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechn.-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Freitag, 15. April 1921

Anzeigengröße: Die 8 gefaltete Millimeterzeile (4er deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, F. Mitteilungen, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gefalteten oder deren Raum im Text 9,- Mk.

Ebert schickt seine Schandgerichte auch nach Breslau!

Die deutsche Bourgeoisie dürstet nach Arbeiterblut, sie will endlich gründliche Abrechnung halten für die Novemberrevolution. Sie fühlt sich wieder in ihrer alten Machtstellung, in die sie die Verräterpolitik ihrer sozialistischen Agenten gebracht hat. Hörsing und Severing haben Vorarbeit geleistet.

Ebert hat die Guillotine gestiftet. Die bürgerlichen Richter gehen jetzt daran, das Blut der Arbeiter zu verspritzen. In allen Teilen der deutschen Ebert-Republik wüten die Ausnahmegerichte.

Stinnes, der sich schon längst etw. weiß mit den Ententekapitalisten, will diese

Berständigung mit dem Ententekapital jetzt offen zugeben. Dazu ist es aber nötig, daß die Arbeiter, die sich gegen das Joch der verdoppelten Ausbeutung auflehnen, rücksichtslos gemacht werden.

Dazu braucht man Ausnahmegerichte. Es handelt sich längst nicht mehr nur um die Niederwerfung der mitteldeutschen Kommunisten.

die Arbeiter Deutschlands sollen vor Stinnes zu Kreuze kriechen.

Nicht nur in Gegenden, wo die Arbeiter gewagt haben, vom Streikrecht Gebrauch zu machen, arbeiten Ausnahmegerichte und werden Arbeiter zu tausenden in die Zuchthäuser gesperrt, auch dort, wo weder gekämpft noch gestreikt wurde, werden Ausnahmegerichte eingesetzt.

Auch Breslau erhält ein außerordentliches Gericht!

Genossen, Arbeiter und Angestellte!

Heute richtet sich das Wüten der Drageschizist nur gegen Kommunisten. Aber morgen schon wird die Bourgeoisie die ganze Arbeiterklasse treffen.

Es sind eure Brüder, die Ebert jetzt der Bourgeoisie schlachten läßt!

Genossen, Arbeiter und Angestellte, seid einig mit uns in der Forderung:

Heraus mit unseren gefangenen Arbeitsbrüdern! Fort mit Eberts Ausnahmegerichten!

Eberts Blutkonto.

Allein aus den letzten Tagen wurden in der Presse folgende Urteile der Sondergerichte gemeldet, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen und keineswegs die Gesamtzahl der bisher gefällten Bluturteile erschöpfen. Dabei stehen wir erst am Beginn der Justizoffensive gegen Kommunisten. Das bisherige Ergebnis ist: Zu Zuchthausstrafen wurden verurteilt 94 Angeklagte zu 341 Jahren, 6 Monate, sowie 12 Jahre Festung; zu Gefängnisstrafen 47 Angeklagte zu 31 Jahren, 8 Monate, 3 Wochen; 4 Angeklagte lebenslanglich zu Zuchthaus; 5 Angeklagte insgesamt zu 24 000 Mark Geldstrafe; 2 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt.

Ebert schickt Siebzehnjährige ins Zuchthaus.

Vor dem Ausnahmegericht im Halle, bei dem Landgerichtsdirektor Krüger den Vorsitz führte, waren die Arbeiter Richard Koch und Karl Kaiser aus Teutschenthal, beide erst Anfang der Zwanziger, angeklagt, einem Einberufungsbefehl des Aktionsausschusses Folge geleistet und Sprengstoff requiriert zu haben. Obwohl Koch und Kaiser noch unbestraft sind, werden sie zu

2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Dann kam der 20jährige Arbeiter Franz Vogel, der 17jährige Dienstknecht Wilhelm Hoppe und der Fühler Kurt Böttcher heren. Vogel hatte ein paar Stunden Posten gestanden; Hoppe hatte eine ungeladene Vogelklinge und den Auftrag bekommen, einmal die Kinder vor dem Gasthaus in Teutschenthal wegzujagen. Böttchers kriegerische Handlung bestand darin, daß er an der „Kommunistenküche“ ein Stück Brot mit Wurst empfangen hatte. Dafür erhielt er 10 Monate Gefängnis. Vogel wurde zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Verhaftung eines Parteidirektors.

Aus Eisen wird uns telegraphisch gemeldet, daß am Montag Genosse Hugo Berner, Redakteur des „R. r. Echo“ in den Redaktionsräumen auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden ist. Dem Genossen Berner wird vorgeworfen, daß er sich schriftstellerisch zugunsten des Generalstreikes beteiligt habe.

Die völlige Unterwerfung der Justiz unter die Konterrevolution zeigt sich auch darin, daß jetzt zur Verhaftung von Redakteuren geschritten wird wegen angeblicher Pressvergehen, während es bisher üblich war, nur Untersuchungsverfahren einzuleiten und selbst bei Verurteilungen wegen Pressvergehen von sofortiger Verhaftung Abstand zu nehmen.

Kahr riskiert die dicke Lippe.

Im bayrischen Landtagsausschuß hat Kahr die Erklärung abgegeben, daß eine Entwaffnung der Einwohnerwehr gegenwärtig aus Gründen der Staatsordnung unmöglich sei.

Die Selbstschutzorganisationen würden einem Entwaffnungsversuch gegenwärtig erst recht Widerstand entgegensetzen und der Staat wäre nicht in der Lage, diesen Widerstand zu überwinden. Unter diesen Umständen hat die bayrische Regierung der Reichsregierung nahegelegt, den Verbündeten auseinanderzusetzen, daß die Durchführung der Entwaffnung gegenwärtig nicht möglich sei.

Dieser Reichsregierung gegenüber, die nur versteht gegen Arbeiter energisch vorzugehen, kann sich Kahr diesen Ton natürlich leisten. Sind die Fehrenbach und Simons doch nichts anderes als nur Marionetten, deren Fäden Stinnes in der Hand hält. Auch Kahr ist natürlich nur eine Puppe in Stinnes Hand. Nur mit dem Unterschied, daß er besser tanzt und dadurch seinen Meister zufriedener stellt.

Bei der Fortsetzung der Einwohnerwehrdebatte im Finanzausschuß des bayrischen Landtages gab Staatssekretär Schwegler mit folgenden Zahlen die Stärke der bayrischen Einwohnerwehren bekannt: Mannschaften 320 000, Gewehre 240 000, Maschinengewehre 2780, leichte Geschütze 44, Minenwerfer 34. Selbstverständlich werden diese Zahlen nur offiziell genannt, in Wahrheit sind sie viel höher.

„Die Knebelung der oberschlesischen Presse“.

Die deutsche Bourgeoisie bejammert unter obiger Ueberschrift eine Verfügung der interalliierten Plebiszitkommission, nach der jede Person, die falsche Nachrichten schriftlich oder mündlich über die im Belagerungszustand befindlichen Gebiete Oberschlesiens verbreitet, vor ein außerordentliches Kriegsgericht gestellt wird.

Mit Recht nicht die deutsche Bourgeoisie in dieser zum „Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ erlassenen Verordnung eine „Knebelung der gesamten oberschlesischen Presse“.

Die lieben deutschen Bourgeois sind natürlich viel zu heuchlerisch, um zu erkennen, daß sie im eigenen Lande nach denselben Methoden arbeiten und ebenfalls zum „Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ die kommunistische Arbeiterpresse knebeln.

Natürlich schützen die deutschen Machthaber „ihre“ Ordnung und Sicherheit, während die Entente die „ihre“ schützt. Die Heuchler sollen aber nicht schreien über Schandtat, die sie in ihrem eigenen Lande selbst begehen.

Die Krise des britischen Kapitalismus.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter ist kein gewöhnlicher gewerkschaftlicher Lohnkampf. Dieser Kampf hat vielmehr tiefgreifende Ursachen, deren Wurzeln in der ganzen Wirtschaft des englischen Kapitalismus und unmittelbar im Weltkapitalismus begründet sind. Was geht heute in England vor? Es ist keine Uebertreibung, wenn man sagt, die große Kohlenindustrie, auf welcher England im letzten Jahrhundert sein Wirtschaftsleben aufgebaut hat, ist bankrott! Genauer ausgedrückt, das Defizit der Kohlenminen beträgt jetzt 4500 000 Pfund im Monat. Wie ist diese nie dagewesene Lage entstanden?

Als der Krieg ausbrach, übernahm die britische Regierung die Kontrolle der Bergwerke. Das heißt in der Sprache des Kapitalismus, daß der Staatshoheit — in Wirklichkeit die arbeitenden Massen — die Profite der Kohlenbarone für die Kriegszeit garantiert, um so sicherzustellen, daß was immer auch für eine Entwicklung eintreten würde im Kriegszustand mit dem deutschen Kapitalismus, die Kohlenbarone nicht darunter leiden sollten. Nicht nur, daß die Kohlenpreise beständig in allen Weltteilen stiegen, die der englischen Flotte und damit dem Kohlenexport offenstehenden Märkte und die Bürgerschaft des Staates ermöglichten den Bergwerksherren auch, in den Jahren 1914—1918 Profite bis zu 160 Millionen Pfund Sterling zu machen. Um viele Millionen Pfund Sterling mehr, als der Gesamtwert aller Bergwerksbesitzer in England vor dem Krieg ausmachte!

Was geschah nun, nachdem der Krieg zu Ende war? Die Grubenarbeiter, die mit ihrer Gewerkschaft nun einige Jahre für die Nationalisierung der Gruben agitiert hatten, begannen unruhig zu werden. Ihr Versuch, durch einen Streik die Nationalisierung durchzusetzen und der Profitwirtschaft ein Ende zu bereiten, wurde von der Geschicklichkeit Lloyd Georges abge schlagen, dem es in erster Stunde noch gelang, ein Kompromiß durchzudrücken.

Als die englischen Bergarbeiter den Kohlenbau Ende Oktober 1920 wieder aufnahmen, taten sie es in der Voraussetzung, daß die Staatskontrolle der Kohlen aufrechterhalten bleiben würde bis zu einer Frist, wo die Löhne auf nationaler Basis festgesetzt wurden. Die Gewerkschaftsführer glaubten daran, und nur einige linksstehende Bergarbeiter, und es versteht sich, die kommunistische Partei, hegten Zweifel an Lloyd Georges Versprechungen. Diese wenigstens wußten, daß die Kräfte unter Lloyd George, die Kohlenbarone und die Finanzmagnaten der „Federation of British Industries“, niemals das Inkrafttreten eines Nationalarbeitsgesetzes erlauben würden, daß diese Leute schon bereit waren, gegen den Bericht der Lankester-Kommission anzukämpfen, der 1919 die Nationalisierung der Kohle empfahl. Und diese Kohlengrubenbesitzer ihrerseits wußten, daß, sobald ein gleicher Lohn für alle Kohlenbezirke in Kraft treten würde ohne Rücksicht auf die Profite der Gruben in den einzelnen Bezirken, die Bewertung der menschlichen Arbeit in erster Linie in der ganzen Industrie vorausgehen würde und diese Profite ins Wasser fallen müßten. Sie wußten, würde einmal nur die Landesregelung der Kohlenlöhne in Brauch kommen, so würde die Staatskontrolle dauernd werden und dies weiter den ersten Schritt zur Sozialisierung der Kohlen bedeuten.

Zuerst versuchten sie, ihre Profite zu erhalten durch die Einführung eines Landesarbeitsgesetzes, der abhängig sein sollte von dem Exportpreis der Kohle. Die Gewerkschaftsführer gingen in diese Falle.

Die Kohlenbesitzer wußten sehr gut, was sie mit den Abmachungen im letzten Herbst erreichen würden, daß nämlich daraufhin ein großes Sinken der Kohlenpreise auf dem Weltmarkt erfolgen müßte. Aber sie wußten auch — und das ist die Hauptsache —, daß mit dem Sinken der Exportpreise der ganze Uberschuß, den die Kohlenindustrie unter Staatskontrolle gehabt hatte, verschwinden würde und auf diese Weise möglich wäre zu sagen, daß die britische Kohlenindustrie nicht länger mit Profit unter Staatskontrolle arbeiten könnte. Das eben war es, was sie brauchten. Sie hatten schon ausreichende Reserven angelegt, abzuziehen von den 160 Millionen Sterling, die sie durch den Krieg erworben hatten, um aber die schlechte Zeit hinwegzutun. Es wollten nicht sie sein, die unter dem Sinken der Exportkohlenpreise leiden würden, sondern die Bergarbeiter. Die Kohlengrubenbesitzer ihrerseits wurden veranlaßt, dies Sinken der Preise und den damit verbundenen Verlust der staatlich kontrollierten Kohlenindustrie als Entschuldigung vorzutun.

So sieht die Justiz in der Ebert-Demokratie aus.

Zweierlei Maß gegen Orgeschbanditen und Kommunisten.

Täglich werden jetzt Arbeiter von den Ausnahmegerichten zu lebenslänglichen oder langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Die weißen Genfer wetzeln in allen Städten, sich gegenseitig zu überbieien und der nach Rache dürstenden Bourgeoisie immer neues Proletariatsfleisch auf dem Altar der weißen Justiz zu opfern. Die Schandurteile von Halle, Aschersleben, Essen, Erfurt, Hamburg usw. sprechen eine beredte Sprache. Es ist auf die Massaker des gesamten revolutionären Proletariats abgesehen. Das blutige Werk Hürsings und der Orgesch vollendet sich vor den Schranken der Ausnahmegerichte. Der Staatsanwalt im Magdeburger Kommunistenprozess gab offen zu, daß diese Ausnahmegeetze eine Neuaufgabe der Bismarckschen Schandjustiz des antijudäischen Ausnahmegesetzes seien.

Jeder Vorwand ist den Anklagenerhebem recht, kommunistische Arbeiter der gegenrevolutionären Rache auszuliefern. Ein Votum, der die Verbindung zwischen zwei Wahlkreisen herstellte, braucht sich bloß „Kurier“ genannt zu haben und flücht sich wegen militärischer Vandalenbildung vor das Ebertsche Sondergericht geschleift. Dabei ist der Ausdruck Kurier garnicht einmal der militärischen, sondern der diplomatischen Umgangssprache entlehnt. Die Verteidigung eines Aufrufes zum Generallstreik wird schlimmer als in der wilhelminischen Ära als strafwürdiges Verbrechen schwer geahndet. Ein Verfassungsverstoß, wie ja die ganze Ebertsche Sondergerichtsbarkeit ein glatter Verfassungsverstoß ist.

Die Republik, die gegen Klassenbewußte Arbeiter so maßlos wütet, und eine Galgenjustiz für das Proletariat aufgerichtet hat, beweist gegen die weißgardistischen Räuber und Mörder eine Nachsicht, die sich nur aus ihrer Feindschaft mit den gegenrevolutionären Bestrebungen erklärt. Schamlos läßt die Klassenjustiz ihre Hülsen fallen, indem sie den Mord und die Anreizung zum Totschlag straflos läßt, wenn Proletarier, Juden oder Pazifisten die Opfer sind. Nach dem Fall Lebins, der dazu aufforderte, Prof. Einstein, Prof. Förster und die Männer des Bundes „Neues Vaterland“ niederzuknallen, läßt man es jetzt ganz ungehindert geschehen, daß Stadt und Land jetzt von antisemitischer Seite mit folgenden „Hand- und Fußzetteln des deutschen Volkstages“ überschwemmt werden:

„Macht ganze Arbeit mit den Juden!
Bestien reizt man nicht, man tötet sie.
Es bleibt jedem unbenommen, zu entscheiden, ob die einzelnen Juden Bestien sind oder nicht, aber das Judentum selbst ist die Bestie allen nichtjüdischen Völkern gegenüber. Es hat keinen Zweck, diese Bestien durch bloße Sticheln noch mehr zu reizen, am wenigsten heute, wo sie die Macht haben.“

Aber befreien muß man sich von diesen Bestien, man reizt sie nicht, man tötet sie.
Die Juden haben das deutsche Volk 1918/19 an die Schlichtwand geführt. Jetzt sinnen sie darüber nach, wie sie am besten den Schächterhieb ausführen können.

Die „Leipz. Volkszeit.“ wandert sich, daß gegen Verbreiter und Verfälscher dieser Aufforderungen zum Mord von der deutschen Justiz nichts unternommen worden sei. Für den „deutschen Volkstagen“ zeichnet nämlich Dr. Heinrich Pudor-Leipzig, Mohlst. 10. Man hat nichts davon gehört, daß die Leipziger Staatsanwaltschaft Herrn Dr. Pudor befehligt, daß sie die Beschlagnahme der Mordzettel verjagt hätte oder dergleichen. Die Leipziger Staatsanwälte sind offenbar zu stark damit beschäftigt, sich in die „verbrecherische“ Seele der Arbeiter zu verzeihen.

Die Pfeifer und Kessel, die Hüller und Lebins, die Vogel und Marloh laufen frei herum. Keine Kappisten werden bestraft. Ja selbst ein betrunkenen Schieber kann heute einen Reizenden niederknallen, was es jüngst ein ange-trunkener Hofhändler Ernst Treptow in Berlin getan hat und ganz frei aus, weil er kein Arbeiter ist und das Zuchthaus und das Zuchthaus schreien nur noch für Proletarier da

sind. Ein gerichtsnötiger Bodspiegel kann Dynamit besorgen und zu aller möglichen Verbrechen anreizen und er bleibt straffrei, wenn er nur, wie der ehrenwerte Herr Roth in Magdeburg und Stendal, kommunistische Arbeiter vor die Genfer wirft. Auch hat man noch nicht gehört, daß jener Polizeioffizier, der, laut Zeugenaussage an den beinahe leblos liegenden ermordeten Genossen Sülts herantrat, mit dem Fuß an den Körper stieß und dazu sagte: „Verrecke Du Nas...“ irgend etwas unternommen wäre. Ebeniowenig ist ja bisher etwas gegen den Mordmörder Sülts geschehen.

Dieselbe Ordnungsbefehle hat jetzt, mit dem Talar des Richters vermunmt, dem Proletariat den Fuß auf den Nacken gesetzt. Es muß mit gesammelter Kraft seine Genfer und Bürger von sich abschütteln mit der Befreiung von der Mordjustiz und der Freilassung aller politischen Gefangenen ein Strafgericht über die weißen Banden hereinbrechen lassen, ehe die Gegenrevolution zum letzten vernichtenden Schläge ausholt.

Neue Urteile der Sondergerichte in Moabit.

Es wurde gegen den siebzehnjährigen Mechanikerlehrling Genossen Walter Minkler verhandelt, der gleichfalls wegen „Hochverrats“ festgenommen war. Zur Anklage stand der Verkauf der „Roten Fahne“. Der Staatsanwalt erhob Anklage aus § 110 des Reichsstrafgesetzbuches. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Weinberg, protestierte nochmals grundsätzlich gegen die Rechtmäßigkeit der Sondergerichte, die im Widerspruch mit den ausdrücklichen Vorschriften der Verfassung ständen. Ohne jede Begründung forderte der Staatsanwalt die Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Dr. Weinberg erklärte Freisprechung für geboten, weil der Aufruf zum Generallstreik durch die verfassungsmäßige garantierte Koalitionsfreiheit keine strafbare Handlung darstelle. Auch sei es unmöglich zu behaupten, daß der jugendliche Angeklagte die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen habe. Das Sondergericht hielt sich natürlich für zuständig. Es erklärte auch, daß der jugendliche Angeklagte als Angehöriger der kommunistischen Jugend zweifellos die nötige politische Einsicht besessen habe. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von drei Wochen mit Strafausschub bei Bewährung bis zum 1. Mai 1924. Immer wieder muß man dem gegenüber halten, daß in derselben Zeit der deutsche nationale Verfasser eines Artikels, der zum Mord aufforderte, nur zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. — Das zweite Verfahren wegen Hochverrats richtete sich gegen die zwanzigjährige Arbeiterin Frau Stott. Sie sollte durch Ankleben von Plakaten zum Generallstreik aufgefordert haben. Dr. Weinberg wies als Verteidiger darauf hin, daß der jetzige Reichspräsident Ebert früher selber im Kampfe um das preussische Wahlrecht für den Generallstreik als legale Waffe eingetreten ist und man nicht annehmen könne, daß seine Verordnung ein allgemeines Streikverbot darstellen solle. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu einem Monat Gefängnis. Der Antrag auf Strafausschub wurde abgelehnt. — Im dritten Falle war der Dreher Genosse Otto Schulz angeklagt. Auch er befindet sich wegen Hochverrats in Haft. Der Staatsanwalt beantragt gegen ihn wegen Anklebens von Plakaten gleichfalls zwei Monate Gefängnis. Staatsanwaltschaftsrat Bilzner gibt eine Erklärung ab, die einem Geständnis gleichkommt. Die harten Strafen seien notwendig wegen des großen Unjugs, den die Aktion der Kommunisten angenommen hat. Damit gibt der Staatsanwalt zu, daß die Sondergerichte nicht etwa, wie vorgeschützt, zum Zwecke der Entlastung der ordentlichen Gerichte eingesetzt wurden, sondern daß sie nichts anderes sind als eine Ausnahme- und Willkürjustiz gegen die Kommunisten. Genosse Schulz wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Nicht anders erging es der Genossin Ehefrau Göge und dem Maschinenarbeiter Paul Rerten; welche beide die „Rote Fahne“ verkauft hatten und erklärten, den Inhalt der Zeitung nicht gekannt zu haben. Beide Genossen wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Ausgebung der Staatskontrolle auszugeben, um zum Friedenssystem zurückzukehren, nach welchem jeder Grubenbesitzer in jedem Distrikt sein eigenes Lohnabkommen mit den Bergarbeitern treffen kann. Auf diese Art wußten die Kohlenbarone den nationalen Lohnsatz zu brechen, und sie verstanden es, die Löhne in Distrikten mit hohen Produktionskosten herabzusetzen, um damit zugleich die Lohnhöhe als Anlaß zum Herunterdrücken der Löhne zu profitableren Distrikten zu nehmen. Endlich wußten sie, daß dies die Bergarbeitersolidarität in Distriktsgruppen spalten würde, woraus Konflikte wegen zukünftiger Lohnsätze entstehen mußten. Mit anderen Worten, sie beabsichtigten, durch einen Generalangriff auf die Bergarbeiterlöhne einen Generalangriff auf die gesamte organisierte Arbeiterschaft zu unternehmen. Der Boden dazu wurde gut vorbereitet. Der Versailler Vertrag, das Spaer Übereinkommen und die Verflawung der deutschen Arbeiterschaft durch die Entente, wodurch sie gezwungen wurden, die „Streikbrecherlohn“ für den Weltmarkt zu erzeugen, waren alles Hilfsmittel, um das Sinken der Kohlenpreise auf dem Weltmarkt herbeizuführen. Nicht eher aber wurde dies beschlossene Tatfache, als bis die englischen Kohleneigentümer wußten, daß ihre Zeit gekommen sei, mit ihren eigenen Arbeitern abzuschließen.

Wenn die Kohleneigentümer diesen Kampf gewinnen, werden sich die Arbeiter vor Lohnherabsetzungen gestellt sehen, die einfach verblüffend sind.

Die Lage der Bergarbeiter ist deshalb eine ernste. Wenn sie in diesem Kampfe den kürzeren ziehen, werden alle anderen englischen Arbeiter mit ihnen den kürzeren ziehen. Der englische Kapitalismus hat eine Lage erreicht, in der er keine Kompromisse machen kann. Die durch den Krieg hervorgerufene Geldentwertung und der unbeschränkte Papiergeldumlauf auf dem Kontinent, ebenso wie die Wirkung der üblen Wiedergutmachung in der Form von Kohlenlieferungen durch die deutschen Arbeiter hat die britische Kohlenindustrie zum Stillstand gebracht. Der „negreische“ britische Kapitalismus ist deshalb in einer schlechteren Lage, als der „bestiegte“ Stinneskapitalismus in Deutschland. Er kann nicht aufblühen, weil seine Produktionskosten zu hoch sind. Die Kosten müssen herabgesetzt werden und deshalb jagen die Kohlenbesitzer, die ersten, welche diese Last tragen müssen, sind die Bergarbeiter, deren Löhne auf 50 Prozent beschnitten werden müssen.

Die Krise ist eine solche, daß man schwer sich vorstellen kann, wie Lloyd George versuchen will, aus ihr einen Ausweg zu finden. Sein Genie hat immer den Erfolg gehabt, die Führer der britischen Gewerkschaften zu misleiten, aber diesmal scheint es, daß der Punkt erreicht ist, der ein weiteres Kompromiß unmöglich macht. Wir kommen näher und näher an die Stunde des letzten entscheidenden Kampfes in England heran.

Ausland.

Briand droht Stinnes.

In der letzten französischen Kammer Sitzung nahm der Ministerpräsident Briand wiederum das Wort. Jetzt würden die Deutschen wohl verstehen, daß die bisher getroffenen Sanktionen noch nicht zu Ergnissen geführt hätten. Man erlaube auch an einzelnen Stellen, daß in Deutschland noch ein Geisteszustand vorhanden sei, der auf irgendein Einverständnis hoffe. Am 1. Mai bestünde sich Deutschland all seinen Vertragsverpflichtungen gegenüber. Am 1. Mai werde sich also Deutschland einem Teil seiner Verpflichtungen und auch einem Teil seiner Verletzungen gegenüber befinden. Er wiederhole deshalb mit Nachdruck, der Gläubiger habe auch ausübbares Titel in den Händen. Der Gerichtsvollzieher sei abgeschickt. Wenn sich der Schuldner widersetzt, werde dann müsse ein Bändarm ihn begleiten. (Lebhafter Beifall.)

Harding pfeift auf den Völkerbund.

Harding meldet aus Washington: Präsident Harding billigt in seiner Volkssprache an den Kongress die Beendigung des technischen Kriegsstatus mit den Zentralmächten Europas durch eine ausdrückliche Resolution des Kongresses mit der Maßgabe, daß alle Rechte der Vereinigten Staaten durchaus gewahrt würden. Der Präsident erklärt mit Bestimmtheit, daß die Vereinigten Staaten sich dem bestehenden Völkerbund nicht anschließen würden, sagt aber hinzu: „Wir geben, indem wir der Welt diese Mitteilung machen, in keiner Weise unser Ziel preis, eine Vereinigung (association) zu schaffen zur Förderung des Friedens, an der wir von ganzem Herzen teilnehmen würden. Wir erwägen diese Angelegenheit und hoffen, einen Plan einer solchen Vereinigung ausarbeiten zu können.“

Die deutsche Bourgeoisie wird sich natürlich mit erneuter Inbrunst auf diesen Strohhalm stützen. Aber auch diese neue Internationale, die Harding ersehnt, wird die deutschen Kapitalisten nicht auf ihre erträumten Kosten kommen lassen.

Wie die belgischen Sozialdemokraten den Arbeitermord von Moers entschuldigen.

Am größten Banausität haben im Gebiet von Moers die belgischen Besatzungstruppen sich für das Unternehmertum interessiert. Mehrere deutsche Proletarier ermordet und weit über tausend Verhaftungen vorgenommen. Es darf nicht verstanden werden, daß die belgischen Besatzungstruppen den Belagerten einer Regierung folgen, die zum Teil aus Sozialdemokraten besteht. Die Regeln, von denen unsere Genossen in Moers durchgehört wurden, waren ein Straf der zweiten Internationale. Es ist begreiflich, daß das Brüsseler Organ der Rechtssozialisten „Peuple“ einigermaßen dieses Verhalten der belgischen Behörden und Truppen beschuldigen möchte. Der „Peuple“ sagt denn auch den richtigen Jungen heraus, indem er die Anschuldigungen wiederholt, die im „Borner“ gegen die Kommunisten zu finden waren. „Peuple“ erklärt,

daß die belgischen Truppen weiter nichts getan haben, als daß sie den Arbeitssüßigen vor den kommunistischen Gewalttaten Schutz gewährten. So liegen sich die deutschen und die belgischen sozialdemokratischen Arbeitermörder brüderlich in den Armen.

Die Griechen haben Verluste.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die griechischen Armeen haben auf ihrem Rückzug nahezu 12000 Mann verloren, eine große Menge Artilleriematerial ist den Türken in die Hände gefallen. Die Begeisterung unter den griechischen Truppen ist ziemlich gewichen. Diese wesentliche Verstärkung wird es den griechischen Truppen nicht gelingen, die Rückwärtsbewegung zum Steigen zu bringen, da die Türken frische Truppen aus dem Kaukasus erhalten haben.

Genarisch erbat von der Nationalversammlung die Ermächtigung, den Belagerungsstatus zu verhängen.

Die Amsterdamer Phrasenre zum 1. Mai.

Das Büro der Gewerkschaftsinternationale veröffentlicht folgenden Manifest betr. den 1. Mai: Seit 30 Jahren pflegen die Arbeiter am 1. Mai ihren Willen, die volle Befreiung zu ersehnen, die Unterdrückung des Lohnsystems durch eine immer mächtigere Organisation und durch Anwendung aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel zu erlangen, auszujagen. Seit 30 Jahren verarmen sich die Arbeiter an diesem 1. Mai, um den Solidaritätsgedanken, der sie bewegt, zu befrüchten, um ihre ununterbrochen wachsende Kraft zu

demonstrieren, um immer mächtiger ihren Willen, mehr Wohlstand und Freiheit zu erlangen, zu bezeugen.

In diesem Jahre müssen die Arbeiterkundgebungen grandioser als je sein. Die Reaktion wird immer vermessener in allen Ländern; die Bourgeoisie widersteht sich mit immer steigender Energie den gerechten Forderungen der Arbeiterschaft; die Verfolgungen der Arbeiterorganisationen durch die Regierungen werden immer erbitterter.

Wie lange geht es noch, bis das internationale Proletariat dieses verlogenen Demagogen das Handwerk legt?

Gruß der russischen Transportarbeiter.

Der Kongress der Transportarbeiter der russischen Sowjetföderation, der 150000 Proletarier vertritt, sendet seinen ausländischen Kameraden und Transportarbeitern der ganzen Welt seinen brüderlichen Gruß. Das russische Proletariat erwartet von dem Proletariat aller Länder und besonders von den Transportarbeitern, daß sie energische Maßnahmen gegen die Bourgeoisie ergreifen, um die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen. Der internationale Kongress der Transportarbeiter, der in Genf zusammentritt, muß sich dem internationalen roten Gewerkschaftsrat anschließen und der Führer der Transportarbeiter der ganzen Welt in ihrem revolutionären Kampfe werden.

Freigabe des Getreides in Frankreich. Eine Verordnung des französischen Handels- und des Ackerbauministers verfügt ab 1. Mai die völlige Freigabe der zur Vorbereitung geeigneten Getreidearten sowie des Mehlens. Die Höchstpreise für Brot bleiben aber in Kraft.

Letzte Telegramme.

Beginn des englischen Generalstreiks
Freitag abend.

Berlin, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie
Nester aus London meldet, hat der Arbeiterdreibund be-
schlossen, daß der Ausfall am Freitag abend 10 Uhr be-
ginnen soll.

Es scheint also, daß diesmal die Arbeiter nicht auf den
Schwanz ihrer Ver. Führer hineingefallen sind und den
Streik bis zum Ziel durchzuführen wollen.

Nach Polen geht Kriegsmaterial!

Danzig, 14. April. (Eigene Drahtmeldung.) In
Danzig ist der englische Dampfer „Wimbleton“ mit einer
Ladung von Munition und Kriegsmaterial für Polen ein-
getroffen.

Das ist ein Beweis, wie die letzten Pläne der Entente
daraufhin auslaufen, zum Krieg gegen Sowjet-Rußland zu
rücken.

Der Sowjetstern verboten!

Komotau, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Der
Bezirkshauptmann von Komotau hat folgendes Verbot erlassen:

Bezirkshauptmannschaft u. pol. Bezirksverwaltung
Zahl: 387 präf.
Kommunistische Abzeichen. Komotau, am 7. April 1921.

Rundmachung:

Auf Grund des § 10 der Min.-Vdg. vom 26. Fe-
bruar 1917, Nr. 79 RStBl., wird das Tragen des so-
genannten Sowjetsternes und des Abzeichens der
3. kommunistischen Internationale aus Gründen
der öffentlichen Ordnung verboten.

Uebertretungen werden in Gemäßheit des § 11 der
zitierten Verordnung mit Geldstrafe bis 200 K oder mit
Arrest bis 14 Tagen geahndet.

Der Bezirkshauptmann:
Dr. Wagner.

Dieses Verbot stützt sich auf eine Verordnung, die noch
im alten kaiserlichen und königlichen Oesterreich heraus-
gegeben ist. Sie wird aber herangezogen, um die Hege
gegen die Kommunisten ja recht gründlich zu machen.

Lügen der Polen über Sowjet-Rußland.

Stockholm, 13. April. (Eigener Drahtbericht.)
„Bestnik“ meldet aus Moskau: Die polnische Presse ver-
breitet Gerüchte über einen angeblichen Geheimartikel des
russisch-polnischen Friedensvertrages, der sich gegen Lettland
und Litauen richten soll.

Das Ganze ist Unsinn. Die russische Regierung hat
keinerlei Abkommen, weder geheim noch öffentlich mit Polen
oder irgend einem anderen Staate abgeschlossen, das gegen
Lettland oder Litauen gerichtet ist.

Besonders ist kein Vertrag mit irgend einem Staate
geschlossen worden, demzufolge Rußland im Falle eines An-
griffes auf Litauen neutral bleibt. Alles, vom Anfang bis
zum Ende, ist böswillige Erfindung.

Die Diktatur des Unternehmertums.

In der Dresdener Zigarettenindustrie ist nach dem
Scheitern der Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und
Arbeitgebern die Aussperrung durchgeführt worden. Dadurch
sind 13 000 Arbeiter in Dresden beschäftigungslos geworden.

Gewerkschaftliches.

Stärkung der Gewerkschaften in Rußland.

Von Pierre Pascal.

Das Dekret vom 25. März vollzieht eine Reform, die
schon lange überlegt und besprochen worden ist und die eine
ungehobene Steigerung der Bedeutung der Gewerkschaften im
Sowjetstaate zur Folge hat. Bekanntlich mußten sich zu An-
fang der Oktoberrevolution, als die Gewerkschaftsbewegung
ihren Aufschwung begann, die Bolschewiki, die diesen am
meisten begünstigten und Verteidiger eines gewissen Syndika-
lismus waren, ein Arbeitskommissariat an deren
Stelle treten zu lassen, und Schjapnikow, der Vertreter dieser
syndikalistischen Richtung in der Partei, organisierte dieses
Kommissariat. Das Kommissariat für Arbeit war daher auch
in fortwährendem Kontakte mit den Berufsverbänden.
Mehrere Mitglieder des leitenden Kollegiums sind vom all-
russischen Gewerkschaftsrat ernannt worden. Aber je mehr
sich das Feld der Tätigkeit der Gewerkschaften ausbreitete,
desto öfter trafen sie auf ihrem Wege das Kommissariat für
Arbeit und dessen Organe, die Arbeitssektionen, die Exekutiv-
komitees aller Grade, die gleiche Aufgaben wie sie hatten.
Diese gemeinsamen Gebiete waren die Tariffragen, die Frage
des Arbeitsschutzes u. a.

Nach allgemeiner Meinung soll das Kommissariat für
Arbeit, das eine Art staatlichen Schutzes für die zu schwachen
gewerkschaftlichen Organisationen darstellt, verschwinden, sobald
diese die große Mehrheit der Stadt- und Landarbeiter oder
wenigstens die Gesamtheit der städtischen und ländlichen
Arbeiter, die sich der Diktatur des Proletariats anschließen,
umfassen und die notwendigen Mittel der Aktion, örtliche
Sektoren und auch die technischen Möglichkeiten besitzen.

Nun handelt es sich nur mehr darum, den Zeitpunkt
hierfür zu bestimmen.

Schon zu Anfang des Jahres 1920 sprachen sich einzelne
Mitglieder des Zentralkomitees der russischen kommunistischen
Partei, wie Brodskinski, für die unmittelbare Aufhebung
des Arbeitskommissariats aus. In derselben Zeit tauchten
neue Probleme auf. Nach Unterdrückung der Gegenrevolution
im Innern verwendete die Republik große Anstrengung auf
die Bewirkung der allgemeinen Arbeitspflicht und die
Organisation der Arbeiterschaft. Es mußte eine Arbeitsarmee

Aus der Jugend-Bewegung.

Zur Schulentlassung.

Nun seid ihr aus der Schule entlassen. Habt eure
acht Lernjahre hinter euch! Endlich! Wie wenige von euch
werden nicht „endlich“ sagen! Haben sie doch in ihrem
ungefüllten Lernhunger von der Schule erhofft, was sie nie
gewähren konnte.

Warum denn ist die Schule durch all die Jahre euch
fremd geblieben? Weil ihr nicht lernen mochtet? O nein,
im Gegenteil! Wer wollte heute, wo allenthalben die Ar-
beiterklasse um ihre Befreiung kämpft und mehr denn je
Wissen Kraft bedeutet, nicht lernen und sich bilden! Ihr
wollt viel, ungeheuer viel wissen. Und hier verläßt euch
die Schule. Statt euch aufzuklären und euch zu eigenem
Denken zu erziehen, enthielt man euch das Notwendigste
vor. Man paulte euch allenthalben toten Kram ein, dazu noch
auf die verdorrenste Weise und möchte euch zwingen, dies
Alles auch unbefehlen hinzunehmen. Dagegen wehrte sich
euer jugendlicher Geist. Denn wenn ihr statt zur Schule
zu gehen lieber spielen wolltet, so war dies eben nur die
Abwehr gegen den faden Schulkrampf, den ihr nicht ändern
konntet.

Warum unterrichtete man euch denn nicht besser? Das
hat wohl seinen guten Grund und manche von euch wissen
ihn auch schon.

Warum muß heute die Schule so minderwertig sein?
Nun eben, weil die Reichen, die nicht zu arbeiten brauchen,
keine Armen brauchen können, die über ihre Lage nachdenken,
weil sie nichts als willfährige Arbeitstiere brauchen. Und
daraus nur gibt man euch dies geringe Wissen, daß ihr
willig für die Besitzenden arbeitet und nicht darüber hinaus
wollt. Wollt ihr euch aber so fesseln lassen und unterdrücken
zu Arbeitsmaschinen? Nein, noch ist es Zeit, sich dagegen
zu wehren, wenn ihr in die Lehre kommt und am eigenen
Leibe erfahrt, wie wahr dies Alles ist.

Was sollen wir also tun? fragt ihr.

Es gibt nur Eins: nur gemeinsam in gegenseitiger Hilfe
können wir nachholen, was die Schule und zugleich die

geschaffen und geleitet, das Feld vorbereitet, die qualifizierten
Arbeiter gesammelt werden. Für all das wurde das Zentra-
lkomitee für die Mobilisation der Arbeit aufgestellt, das dem
Rat für Arbeit und Verteidigung unmittelbar unterstellt war
und sich in den Provinzen ebenso sehr wie auf die Kommissa-
riate für Militär- und Milizwesen auf die Sektion der Arbeit
und die Gewerkschaftssektionen stützte. Damit war ein Organ
gegeben, das außerordentlich geeignet war, eine wichtige Re-
form durchzuführen; in der Folge mußte aber dieses Organ
leider seine normalen Funktionen an schon bestehende Organe
abtreten. So sah man die Komitees für Mobilisation der
Arbeit, die schon eine umfangreiche Entwicklung erfahren
hatten, durch verschiedene Kommissionen ergänzt, um den ver-
schiedensten Formen ihrer Aufgabe entsprechen zu können.

Das letzte Dekret vom 26. März bezeichnet einen neuen
Abschnitt, indem es die Registrierung und Aufstellung der
mobilisierten Arbeitskräfte den Kommissariaten und örtlichen
Sektionen der Arbeit überträgt und die Komitees für die
Mobilisierung der Arbeit aufhebt. Nun wird die Mobilisi-
erung der Arbeitskräfte durch das Kommissariat für Arbeit
im Einvernehmen mit dem Kommissariat für Inneres und
Heerwesen erfolgen.

Durch dieses Dekret geschieht gleichzeitig ein Schritt vor-
wärts zu der großen, schon lange erwünschten Reform. Das
Dekret gibt dem allrussischen Gewerkschaftsrat und den Ge-
werkschaftsräten der Provinz wieder alle Fragen des Arbeits-
schutzes und der Tarife zur Erledigung.

Gompers macht nicht mehr mit.

Wavas meldet aus Washington:

Der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes,
Gompers, hat dem Vorsitzenden des internationalen Gewerks-
chaftsbundes, Dudgeest, in einem Schreiben mitgeteilt, es
sei dem amerikanischen Gewerkschaftsbund nicht mehr möglich,
dem internationalen Gewerkschaftsbund weiter anzugehören.
In dem Schreiben betont Gompers, das Ziel der amerika-
nischen Gewerkschaften sei immer die Verbesserung der Lage
der Arbeiter gewesen und werde es auch bleiben, während
die vom internationalen Bund angenommene Politik, die die
Sozialisierung aller Industrien und den Sturz der gegen-
wärtigen Regierungen erstrebt, gegen Klugheit und gesunde
Vernunft sei und den Interessen der amerikanischen Gewerks-
chaften nur schädlich sein könne.

Diese Abgabe des ehrlichen Bourgeois Gompers an seine
europäischen Freunde von der Amsterdamer Sekretäreninter-
nationale und die Begründung dazu sind ganz unberechtigt.
Wenn Gompers erst einmal mit den Foulhairs, Bespart,
Hueber, Dürr, Hg, Grosperre näher in Verkehr kommt, so
wird er staunen, wie wenig verschieden ihre Auffassungen
von den seinen sind.

Reichskonferenz der Bekleidungs-, Textil- und Lederarbeiter.

Am Sonntag, den 22. und Montag, den 23. Mai 1921,
findet in Erfurt, Krämpferstraße 25, im Lokal Pfalzburg,
vormittag 9 Uhr, eine Reichskonferenz für folgende
Berufe statt: Bekleidungsarbeiter, Textilarbeiter, Hutmacher,
Rücherner, Schuhmacher, Sattler, Lederarbeiter. Die Tages-
ordnung lautet:

1. Der Kampf der Gewerkschaftsbürokratie gegen die
kommunistisch denkenden Mitglieder in den Verbänden.
2. Wahl einer Delegation zum internationalen Gewerks-
chaftskongress in Moskau.

Alle in der RPD organisierten Mitglieder dieser Ber-
fände sind verpflichtet, sofort an allen Orten zusammenzu-

treten und Delegierte für die Reichskonferenz zu wählen.
Auch mit uns sympathisierende Kollegen können an dieser
Konferenz teilnehmen. Alle zur Konferenz delegierten Kollegen
haben sich nach erfolgter Wahl auf der Bezirksleitung der
RPD ein Mandat ausstellen zu lassen. Dieses Mandat
wird vor Beginn der Konferenz nachkontrolliert.

Die Reichsgewerkschaftszentrale der RPD.
Beirat für Bekleidungs-, Textil- und Lederarbeiter,
Berlin C 25, Mühlstraße 24, Gewerkschaftsabteilung.

Eltern, Genossen!

Berantlaßt eure Söhne und Töchter, sich der Kommu-
nistischen Jugend anzuschließen; wo noch keine Ortsgruppen
der Kommunistischen Jugend existieren, nehmt die Sache selbst
in eure Hände und teilt uns Adressen von Jugendgenossen
mit, die dem Kommunismus sympathisch gegenüber stehen.
Zeigt den Jungproletariern in den Gewerkschaften und
Betrieben, daß sie sich uns anschließen müssen, wenn sie sich
aus ihrem wirtschaftlichen Elend befreien wollen. Ferner
unterstützt unsere Bewegung durch Geldmittel.

Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend Breslau
Rifolaisstraße 49/50.

An die Mitglieder der Komm. Jugend Breslaus!

Unsere letzte Mitgliederversammlung beschloß, daß jedes
Mitglied unbedingt verpflichtet ist, mindestens einmal im
Monat zu den bekannt gegebenen Versammlungen zu er-
scheinen. Wir fordern von unseren Mitgliedern Beachtung
dieser Beschlüsse.

Genossen, werbt in den Betrieben, Gewerkschaften und
Schulen neue Mitglieder für die kommunistische Jugend.

Unterstützt eure im Gefängnis sitzenden Genossen durch
Geldsammlungen!

Lokales.

Breslau, den 15. April 1921.

Die Ausnahmegerichte und die Rechtssozialisten

Die niederträchtige Haltung, die die Rechtssozialisten in
ihrer ganzen bisherigen Politik gezeigt haben, offenbart sich
auch wieder in ihrer Stellungnahme zu den von ihrem
Ebert eingesetzten Ausnahmegerichten.

„Woju?“

fragt gestern die „Volkswacht“. Ja, das sollen sie lieber
ihren Ebert und Göring fragen, wozu man so brutal gegen
Arbeiter vorgeht. Aber die „Volkswacht“ tröstet sich sehr
schnell wieder, sie schreibt:

Die ordentlichen Gerichte wären hier sehr wohl zu
rascher Aburteilung in der Lage. Der Reichsjustizminister
scheint nicht zu wissen, daß in Breslau kein Buisch
stattgefunden hat. Wir werden dafür sorgen, daß er das
deutlich zu hören bekommt.

Das soll nach etwas aussehen, ist aber nichts als eitel
Spiegelschere, womit die rechtssozialistischen Arbeiter be-
ruhigt werden sollen.

Die Schande bleibt bestehen, daß der Sozialdemokrat
Ebert die Blutgerichte gegen Ebert losgelassen hat.
Woju? Das wird der Arbeiterverräter Ebert schon wissen.

Quatsch

verapft die „Volkswacht“ wieder einmal in reichlichem Maße.
Es ist wirklich schade um die Dinte, die wegen uns von den
Volkswachtredeutern verspritzt wird. Diesmal hat es ihr
der Genosse Scholem und seine in unserer Mitgliederver-
sammlung angenommene Resolution angetan. Hier wird die
banale Wahrheit konstatiert, daß die Kommunisten die „Vor-
posten der revolutionären Kräfte“ sind. Also mit jenem feinem
ironischem Witz, den wir an den Volkswachtredeutern so
schätzen, wird das umgedreht in die „Vorposten der Reaktion“.
Wenn man dies breitschweifige Gerede der „Volkswacht“
liest, muß man unwillkürlich in den Ruf des alten Dem
Alida einstimmen: Alles schon dagewesen. Denn die Melodie,
die jetzt die „Volkswacht“ pfeift, wie alt, wie abgenutzt, wie
schal ist sie! Denn dasselbe passierte ja schon unserem Alt-
meister Karl Marx, dessen Geist die „Volkswacht“ sonst bei
jeder Polemik gegen die Kommunisten heraufzubeschwören
weiß. Damals waren es die braven Fortschrittler, die auf
Schritt und Tritt Marx vorwarfen, daß er die „Freiheit“,
die „Demokratie“ verräte und daß er den „finsternen Mächten
der Reaktion“ Vorschub leiste, wenn immer Marx den Eberten
des Fortschritts den Kopf wusch. Und von dem Bourgeois
Eugen Richter ist bekannt, daß er sein Leben lang des seligen
Glaubens war, Laffalle wäre ein begabter Epigol Dismarcks.
Man sieht, Originalität kann man bei der „Volkswacht“ nicht
zum Vorwurf machen. Wir drücken ihr lediglich nur unser
herzlichstes Beileid aus, daß sie nur etwa 70 Jahre in der
Weltgeschichte zurück ist.

Ihre reaktionäre Gesinnung kennzeichnet auch die Anti-
semitenhege, die sie gegen Scholem entfesseln möchte. Die

Gege ist natürlich verdeckt (kleidet man sich sonst doch gern in ein philosemitisches Mäntlein); aber um gegen die Kommunisten eine Vogromstimmung anzufachen, ist ihr jedes Mittel recht. Am Schluß stellt die „Volksmacht“ fest, daß der weiße Terror in der Ebertrepublik herrscht. Wenn sie mal ausnahmsweise die Wahrheit sagt, so umbrämt sie doch auch die Wahrheit mit den niederträchtigsten Lügen, wie hier: die Kommunisten sind an dem weißen Terror schuld. Jeder Arbeiter aber weiß, daß die Leiter der Polizeiaktion in Mitteldeutschland Sozialdemokraten waren. Herrscht also in Mitteldeutschland der weiße Terror, so fällt das auf das Konto der SPD. Die „Volksmacht“, die auf die Kommunisten den weißen Terror schiebt, beweist nur einen solchen Mangel an Logik, über den wir erschrecken müssen, auch wenn wir ihren Redakteuren angeborene Borniertheit und Beschränktheit als Milderungsgründe anrechnen.

Die Uebergriffe eines Polizeiwachtmeisters.
 Wie weit die Befugnisse einzelner Polizeibeamter gehen, beweist folgende Tatsache: Die Nr. 82 unserer Zeitung vom 13. April ist ausnahmsweise mal nicht beschlagnahmt worden. Den Sipos ist das Beschlagnehmen bereits so zur Gewohnheit geworden, daß sie aus eigener Machtvollkommenheit, unter der schönen Begründung, daß die Beschlagnahme zur Verhütung der Fortsetzung der strafbaren Handlung ausgesprochen sei, 17 Exemplare dieser nicht verbotenen Zeitung bei einer unserer Zeitungshändlerinnen beschlagnahmten. Der Polizei-Oberwachtmeister Scholz von der 8. Hundertschaft, der diese Beschlagnahme ausgesprochen hat, hat dies vielleicht aus dem Grunde getan, um sich und seine Kollegen über die in dieser Zeitung veröffentlichten Tatsachen über die Breslauer Spiegelsaale zu unterrichten, um daraus evtl. die Schlüsse zu ziehen, wie weit man seine Macht gebrauchen darf, wenn man einmal Hilfspolizeikommissar geworden ist. Wir müssen in diesem Falle jedoch verlangen, daß der Expedient unserer Zeitung für diese 17 Exemplare pro Stück 25 Pfennig möglichst umgehend eingezahlt werden. Sollte es sich jedoch um eine „amtliche“ Beschlagnahme handeln, so fordern wir vom Polizeipräsidenten, daß er seine untergeordneten Stellen so erzieht, daß derartige Maßnahmen nicht wieder geschehen. Oder deckt der Polizeipräsident auch diese selbstherrliche Annahme einer untergeordneten Stelle.
 Wir fordern umgehende Aufklärung. Die beschlagnahmten Zeitungen sind uns sofort wieder zuzustellen.

Noch einmal der Hausmeister-Tarif.
 Durch die vielen Anfragen seitens der Hausbesitzer und auch der Hausmeister und Hausmeisterinnen sind wir gezwungen, die Frage des „Hausmeister-Tarif“ noch einmal in der Öffentlichkeit zu besprechen. Den Hausbesitzern, welche erklären: „Ein Tarif heißt nicht“, sei folgendes zur Aufklärung gesagt:
 Es besteht ein Tarif, welcher zwischen beiden Parteien am 20. November 1920 abgeschlossen wurde. Der Vertrag gilt vom

1. Januar 1921 ab bis 30. September 1921 und ist am 31. Juli 1921 zum 30. September 1921 kündbar. Wird der Vertrag nicht gekündigt, so verlängert er sich um ein halbes Jahr mit automatischer Kündigung.
 Jeder Hausmeister und jede Hausmeisterin hat als Tarifkontrahent ein Recht, nach dem Tarif entlohnt zu werden. Die Behauptung des Hausbesitzer-Vereins, es bestehen nur Richtlinien, ist falsch.
 Es wird Sache der Hausmeister sein, dafür zu sorgen, daß jeder Hausbesitzer Breslaus sich den Leistungen des Tarifes fügt. Alles nähere zu erfahren im Büro des Zentralverbandes der Hausangestellten, Breslau I, Markgrafenstr. 17, Zimmer 11. Sprechstunden von 3-7 Uhr nachmittags und Sonntags von 9-12 Uhr vormittags.

Magistrats-Mitteilungen.
Städtische Krüppelfürsorge. Für die Durchführung des Gesetzes vom 6. Mai 1920 über die öffentliche Krüppelfürsorge hat die Stadtgemeinde Breslau bei ihrem Wohlfahrtsamt, Mittelplatz 1, eine städtische Krüppelfürsorgeeinrichtung eingerichtet, die am 1. Mai 1921 mit ihrer Tätigkeit beginnen wird. Müstünfte erteilt bis dahin die Auskunft des Wohlfahrtsamtes, Schulstraße 26, ebener Erde, wo auch Anträge jeder Art entgegengenommen werden.
Das Erziehungsheim für schwachbegabte Mädchen, Breslau, Pöpelwitzstraße 84. dessen Weiterbestehen infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage in Frage gestellt war, bleibt auf Grund eines Abkommens mit dem Breslauer Wohlfahrts- und Armenpflegerinnenverein unserer Stadt erhalten. Das Abkommen gewährleistet den Fortbestand des Heims mit den gleichen Zielen, die es bisher verfolgt hat, dergestalt, daß die Untergruppe „Wohnheime“ des Armenpflegerinnenvereins die Anstalt mit ihrem aktiven und passiven Vermögen übernimmt, während der Vorstand und die Leitung die bisherigen bleiben. Die Anstalt führt fortan den Namen „Erziehungsheim für schwachbegabte Mädchen, Gruppe Wohnheime des Breslauer Wohlfahrts- und Armenpflegerinnenvereins“.

Verammlungskalender.
Achtung! Maifeier!
 An die Ortsgruppen! An den Demonstrationstagen der Gewerkschaften ist teilzunehmen. Nachmittags eigene Versammlungen abhalten. Die Bezirksleitung.
 An die Ortsgruppen! Sonntag, den 24. April, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in Silesien im „Reichspräsident“, Slegauer Promenade, der Bezirksparteitag statt. Tagesordnung wird noch bekannt gegeben. Die Bezirksleitung.
 Ren-Salzbrunn. Sonntag, den 17. April, vorm. 9 Uhr, im Finsterbrunn, Mitgliederversammlung Vortrag: Die März-Revolution und ihre Bedeutung. Referent anwesend. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag. Da diese Versammlung äußerst wichtig ist, muß jeder Genosse erscheinen.

Plus der Provinz.
Neu-Salzbrunn. Wir machen alle Genossen daran aufmerksam, daß in der Zeit vom 15. bis 23. April die Beiträge und Zeitungsgelder einliefert werden. Aus den Kassieren doppelte Wege zu ersparen, bitten wir alle Genossen, das Geld bereit zu legen. Erneut lassen wir an alle Genossen den Ruf ergehen, wercht neue Abonnenten für die einzige revolutionäre Zeitung Schlesiens, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“. Auf die im Verammlungskalender mitgeteilte Mitgliederversammlung weisen wir besonders hin.

Kleine Nachrichten.
Eröffnung des amerikanischen Kongresses. Die außerordentliche Session des Kongresses wurde vorgestern eröffnet. Es wurde die Botschaft des Präsidenten Harding verlesen. Am Mittwoch begannen die Debatten.
Reform des Einkommensteuergesetzes in Oesterreich. Aus Wien wird berichtet: Der Finanzausschuß nahm eine von allen drei Parteien gemeinsam beantragte Novelle zum Einkommensteuergesetz an, wonach mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung die Steuer bis zu einem Einkommen von 500000 Kronen herabgesetzt wird und Einkommen unter 30000 Kronen freibleiben. Die höheren Einkommen bleiben von dieser Novelle praktisch unberührt.
Kämpfe mit indischen Eingeborenen. Nach einer Reutermeldung aus Delhi kam es in der zweiten Hälfte des März zwischen englisch-indischen Truppen und den Mannjads an der Nordwestgrenze von Indien zu mehreren Zusammenstößen, bei denen ein britischer Offizier und 26 indische Soldaten getötet, ein britischer Offizier und 20 eingeborene Soldaten verwundet wurden.
Die Entente verbietet die Volksabstimmungen in Oesterreich. Der französische Landtag hat einstimmig einen Antrag der Großdeutschen angenommen, am 20. Mai eine Volksabstimmung über die Frage vorzunehmen: Wird der Anschluß an Deutschland gewünscht?
 Das Pariser Blatt „Petit Parisien“ berichtet, daß Oesterreich mitgeteilt werden soll, daß eine Volksabstimmung in Tirol und der Provinz Salzburg, die für den 24. d. Mts von den Oesterreichern vorgeschlagen worden ist, nicht zustande kommen werde, da sie im Widerspruch mit dem Vertrag von St. Germain stehe.
Türkische Gegenoffensive. Wie die „Agence Havas“ aus Konstantinopel meldet, sind die Türken zu einer neuen Offensive gekehrt.
Luftverkehr Danzig-Kowno. Der regelmäßige Luftpostverkehr zwischen der Freien Stadt Danzig und Kowno ist am 10. April eröffnet worden.
Flugverkehr Paris-Warschau. Am 12. April begann der Passagier- und Post-Luftdienst mittels Flugzeugen zwischen Paris und Warschau. Die Fahrt von Warschau nach Paris dauert von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
 Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Willy Ziegler, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Böbel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Wo kaufe ich meine Trikotonagen?



Nur Neue Sandstraße 2.

Stadtheater.
 Freitag 7 Uhr:
 Die Stimme von Fortici.

Jobe-Theater.
 Freitag 7 1/2 Uhr:
 M. H. 6.

Urania-Theater.
 Freitag 7 1/2 Uhr:
 Die kleine Sclavin.

Schauspielhaus.
 Operntheater, II. R. 2645
 Freitag 7 1/2 Uhr:
 Zum 50. Male:
 Die blaue Blase.

Preiswerte Schuhwaren

Herz Stiefel

Ludwig Herz
 Bücherplatz Nr. 4

Matthias-Kino.
 Matthiasstraße 38
 und Wolfstraße 9.

Der letzte Schuß
 7 szenische Akte

So ein Lausbub
 3 Akte Lustspiel

Liebig-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Der große Erfolg des April-Programms.

Alt-Metalle
 In der Otto, Reifstraße 3.

Aus Reichsbeständen sind im Kleinhandel

billige Salzheringe erhältlich, die für 30-60 Pfg. das Stück je nach Qualität und Größe

an das Publikum abgegeben werden können.

Man verlange dies vollwertige Nahrungsmittel in den einschlägigen Geschäften.

Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. Berlin. **Reichsbeschaffung** e. G. m. b. H.

Zur Maifeier!

4 Kampflieder

Die Arbeitsmänner
 Arbeiter-Marseillaise
 Die internationale
 Die rote Fahne

als Doppelpostkarte gedruckt A. - 30
 50 Stück 13.50
 100 25.-
 200 48.-

Komm. Bäckerei
 BRESLAU 5, Gräbener Straße 45.

Inserate haben in der „Schles. Arbtr.-Ztg.“ größten Erfolg.